

Richard Schaeffler machte zu Beginn der gemeinsamen Tagung auf ein grundlegendes *Dilemma* aufmerksam, das sich bei dem Versuch ergibt, heute den Sinn von Gottesdienst herauszustellen: Betont man den Eigenwert von Liturgie, erscheint diese leicht als eine zwar zu tolerierende, aber unerhebliche und beliebige Spielerei für bestimmte Minderheiten. Streicht man dagegen den Nutzen des Gottesdienstes (als ethische Motivation, als Ort der Besinnung und des seelischen Auftankens usw.) heraus, wird daraus leicht eine unzulässige Funktionalisierung. Zweifellos gilt: „Die Kirche darf nicht um jeden Preis die Litur-

gie an den Mann bringen wollen, um angesichts wieder voller werdender Kirchen eine Selbstbestätigung zu finden“ (Gerhard Ludwig Müller). Die Erwartungen an den Gottesdienst, das zeigten viele Publikumsvoten bei der Münchner Tagung, sind ungemein diffus und teilweise auch massiv überzogen. an ihnen kann man sich schon deshalb nicht einfach orientieren. Das heißt aber nicht, daß die Kirchen bzw. die für die Gestaltung des Gottesdienstes Verantwortlichen es an der notwendigen Sorgfalt und Sensibilität für die Liturgie fehlen lassen dürften.

Ulrich Rub

Mexikos System im Wandel

Wirtschaftsaufschwung mit sozialen Härten

Vom 6. bis 13. Mai besucht Johannes Paul II. Mexiko. Das Land erlebt gegenwärtig eine Phase tiefgreifender Veränderungen: Die jahrzehntelange beherrschende Stellung einer Partei, des PRI, beginnt abzubrockeln, die wirtschaftliche Konsolidierung führt zu gewaltigen Härten für Bauern und Arbeiter. Die mexikanische Kirche umfaßt traditionell konservative Katholiken ebenso wie einen neokonservativ-mittelständischen Flügel und eine Minderheit, die sich am Ideal einer Kirche der Armen orientiert. Das Staat-Kirche-Verhältnis im bislang streng laizistischen Mexiko ist in jüngster Zeit in Bewegung geraten.

Lateinamerika blicke auf ein „verlorenes Jahrzehnt“ zurück, lautet die Bilanz der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in ihrem jüngsten Jahresbericht, und die entwicklungspolitischen Prognosen sind auch nicht wesentlich besser: In den kommenden Jahren, so die IDB, werden die Kreditströme stärker nach Osteuropa fließen – sehr wahrscheinlich auf Kosten der südlichen Hemisphäre, der Länder der Dritten Welt. Die Diagnose der IDB trifft im großen und ganzen auch auf Mexiko, nördlichstes Land Lateinamerikas, geographisch aber zu Nordamerika gehörend, zu. Entwicklung unter sozialen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der breiten Bevölkerungsschichten hat in den achtziger Jahren in Mexiko nicht stattgefunden oder war sogar rückläufig. In Politik und Wirtschaft des Landes bahnt sich indes ein Wandel an. Mexiko ist, nur historisch und kulturell betrachtet, ein typisch lateinamerikanisches Land, andererseits, bedingt durch seine Nachbarschaft zu den USA und sein für lateinamerikanische Verhältnisse äußerst stabiles politisches System, ein Sonderfall.

Dieses politische System, das auf den Pfeilern einer starken Exekutive – ausgefüllt allein durch den jeweils amtierenden, nicht wieder wählbaren Präsidenten – und einer „staatstragenden“ Partei, der Institutionalisierten Revolutionären Partei PRI, ruht, ist mit den letzten Wahlen vom

Juli 1988 nach sechzig Jahren erstmals gefährlich ins Wanken geraten. Bis zu diesem Zeitpunkt war es dem PRI gelungen, innerhalb eines autoritären Staatssystems die Balance zwischen flexibler Anpassung und Kontinuität zu halten – und damit die absolute Vorherrschaft. Bei den Wahlen vom 6. Juli erhielt der Kandidat der PRI und derzeit amtierende Präsident, *Carlos Salinas de Gortari*, 50,4 Prozent der Stimmen. Sein Vorgänger, *Miguel de la Madrid*, erreichte 1982 noch 73 Prozent der Wählerstimmen.

Die Einparteienherrschaft geht zu Ende

Der knappe Sieg des PRI garantiert zwar bis 1994 noch einmal die Einparteienherrschaft; im Kongreß, der zweiten Kammer des Parlaments, hat sich jedoch von einer Legislaturperiode zur anderen das Verhältnis Regierungsfraktion–Opposition von 3:1 auf beinahe 1:1 verschoben. Nach einer Aufstockung der Abgeordnetenzahl von 400 auf 500 stellen die Demokratische Front FDN (das neu formulierte Bündnis der Linksparteien) und die konservative Partei der Nationalen Aktion (PAN) zusammen 240 von 500 Abgeordneten. Im Senat brachte es die Opposition erstmals auf vier Sitze, die alle vom Bündnis der Linksparteien FDN errungen wurden. Da der PRI in seiner langen Regierungszeit stets auf Wahlmanipulationen – sei es in Form von begünstigenden Wahlgesetzen oder durch direkte, oft massive Wahlfälschung – zurückgegriffen hat, wurde auch dieses äußerst knappe Wahlergebnis von der Opposition verständlicherweise, wenn auch ohne Erfolg, angezweifelt.

Der hohe Verlust an Wählerstimmen für den PRI war nicht nur ein Votum gegen die Regierungspartei. Ihren Überdruß hatte die Bevölkerung bei vorhergehenden Wahlen auch schon durch eine extrem niedrige Wahlbeteiligung (unter 60 Prozent) Ausdruck gegeben. Das No-

vum dieser Wahlen war ein relativ geschlossenes und damit auch wahlfähiges *Linksbündnis*. Sein Kandidat, *Cuauhtemoc Cárdenas*, Sohn des von der Bevölkerung hochgeachteten Präsidenten *Lázaro Cárdenas* (1934–1940), erzielte auf Anhieb 31,1 Prozent der Stimmen und half damit der politischen Linken aus ihrem Parlamentarischen Schattendasein heraus. Cárdenas verließ den PRI, zu dessen Reformflügel er gehörte, vor einigen Jahren gemeinsam mit führenden Intellektuellen der Partei. Er trat zunächst für die Demokratische Front an, bestehend aus den Linksparteien PPS, PARM und PFCRN, übernahm dann aber auch die Kandidatur für den PMS, die Sozialistische Partei Mexikos. Anders als die Parteien der Demokratischen Front, die in gewisser Abhängigkeit von der „offiziellen Partei“ (wie sich der PRI selbst nennt) existieren, hielt der aus der kommunistischen Partei Mexikos hervorgegangene PMS immer deutlichen Abstand zur Regierungspartei. Cárdenas verkörperte für seine vom System enttäuschten Wähler eine neue Hoffnung und die Aussicht auf eine an den Bedürfnissen der breiten Massen orientierte Politik eines persönlich integren Mannes.

Politische Beobachter registrierten im Wahlkampf sogar eine gewisse, wenn auch diskrete Unterstützung des Linksblocks durch den PRI, dessen Strategie offenbar dahinging, die rechte Oppositionspartei PAN durch Stärkung einer dritten Kraft zu schwächen – eine Rechnung, die nicht aufging. PAN erhielt wie bei den Wahlen 1982 gut 17 Prozent der Wählerstimmen. Die älteste und stärkste Oppositionspartei Mexikos war in ihren Anfängen eine den herrschenden Antiklerikalismus bekämpfende Partei, in der sich die mexikanische Unternehmerschaft gegen die staatsdirigistische Wirtschaftspolitik der PRI-Regierungen sammelte. Heute stehen die Großunternehmer der Regierungspartei näher als dem PAN, wohl mehr als aus pragmatischen als aus ideologischen Erwägungen. Im nördlichen Mexiko ist der PAN besonders stark; bei den Gouverneurswahlen 1985 in Chihuahua konnte der PRI vermutlich nur durch massive Wahlfälschung den Sieg des PAN-Kandidaten verhindern. Die mögliche Entwicklung des PAN zu einer christdemokratischen Partei ist weniger aus dem Parteiprogramm abzulesen als aus der engagierten Gesellschaftspolitik der Partei in den nördlichen Bundesstaaten (vgl.: KAS-Auslandsinformationen 8/88).

Präsident Salinas selbst erklärte nach der Wahl gegenüber *Le Monde*, das Wahlergebnis bedeute das Ende der faktischen Einparteienherrschaft in Mexiko. Aus machtpolitischen Überlegungen hatte der PRI in den letzten Jahren einen Parteienpluralismus gefördert – allerdings in einem solch eng gesteckten Rahmen, daß sich daraus – so meinte die Partei – keine die „offizielle Partei“ gefährdende politische Kraft entwickeln konnte. Trotz aller manipulativen Handhabung des Machtapparates, über den der PRI verfügt, ist es fast verwunderlich, daß der schon lange währende Legitimationsverlust der Staatspartei sich nicht schon eher in sinkendem politischem Ansehen und schlechteren Wahlergebnissen niederschlug.

Die mit der Herrschaftsdauer wachsende Korruption in allen Bereichen und auf allen Ämterebenen hat sicherlich zur Stabilisierung und Machterhaltung beigetragen. Ein weiterer Grund liegt im System selbst. Die „institutionalisierte revolutionäre Partei“ trage einen „grotesken“ Namen, meint der mexikanische Schriftsteller *Octavio Paz* zu Recht. Der Name gibt aber ungewollt auch das wieder, was diese Partei in Ermangelung eines ideologisch faßbaren Programms leistet: Sie war – bisher – fähig, sich innerhalb ihrer eigenen in Jahrzehnten verfestigten Machtstrukturen zumindest soweit zu erneuern, wie es zur Erhaltung der Macht notwendig schien. Das geschah allerdings keineswegs auf revolutionärem Weg, sondern durch flexible Handhabung politischer Inhalte und Zielvorstellungen auf systemimmanente Weise: ein Beispiel dafür ist die Nichtwiederwählbarkeit des Präsidenten. Die zeitliche Begrenzung seiner Machtfülle macht ihn weniger anfällig für Entmachtungsabsichten seiner Gegner und vermochte die Unzufriedenheit im Volk umzukehren in die Hoffnung auf einen besseren Nachfolger. Allzuoft genügte es auch, wenn das System sich als reformwillig darstellte. Die letzten Wahlen zeigten indes, daß ein institutionell noch so abgesichertes System seinen Preis für den Verlust an politischer Glaubwürdigkeit zahlen muß.

Rückzug des Staates aus der Wirtschaft

Mit Salinas übernahm ein *exzellenter Wirtschaftsexperte* und ein entschlossener politischer Charakter das Präsidentenamt. Sein Vorgänger de la Madrid hatte 1982 einen hoch verschuldeten und wirtschaftlich ruinösen Staat vorgefunden. Er versuchte das Land mit einer Wirtschaftsreform nach neoliberalistischem Muster zu sanieren und unternahm erste Anstrengungen zur Lösung des Verschuldungsproblems. Salinas, Planungsminister im Kabinett de la Madrids und seit Dezember 1988 Staatspräsident, leitete im ersten Jahr seiner Amtszeit den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft ein. Wichtigster wirtschaftspolitischer Erfolg des Präsidenten: im Februar dieses Jahres unterzeichnete seine Regierung ein *Umschuldungsabkommen* mit den ausländischen Gläubigerbanken; das Paket umfaßt knapp die Hälfte der mexikanischen Auslandsschulden, die sich auf 10 Milliarden Dollar belaufen.

Seit 1987 existiert ein *Sozialpakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern*, der bisher eingehalten wurde, obwohl sich in letzter Zeit Unruhe in den Gewerkschaften breitmacht. Die mexikanische Arbeiterschaft hat die Hauptlast des Wirtschaftspaktes zu tragen. Zwar konnte die Inflation von 160 Prozent im Jahr 1987 auf 20 Prozent gesenkt werden; die Reallöhne sind aufgrund des Kaufkraftverlustes in den achtziger Jahren aber um mehr als die Hälfte gesunken. Das Wirtschaftswachstum für dieses Jahr soll über vier Prozent erreichen. Die unter anderem mit einer Fülle von Liberalisierungsmaßnahmen energisch angegangene Konsolidierung der Wirtschaft geht allerdings ähnlich wie in Chile, das in den vergangenen Jahren einen

wirtschaftlichen Aufschwung nahm, nicht mit einer an den Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit orientierten Sozialpolitik einher. So benötigt Mexiko bis zum Jahre 2000 20 Millionen neue Arbeitsplätze (die Länder der Europäischen Gemeinschaft im gleichen Zeitraum sieben Millionen).

Auch innerhalb des PRI werden die Spannungen zwischen dem Gewerkschaftsflügel und der Regierung weiter wachsen, wenn Salinas seine Austeritätspolitik konsequent durchführt.

Politisch steht Salinas vor der Aufgabe, die korporativen Strukturen des PRI aufzubrechen und reformwillige, partizipative Kräfte innerhalb der Partei zu stärken, die einer demokratisch verfaßten Gesellschaftsordnung mit einem Mehrparteiensystem etwas abgewinnen können, und sei es nur aus der Einsicht in den allmählichen Machtverfall des alten Systems. Auch außenpolitisch strebt Salinas offenbar einen pragmatischen Kurs an. Unter seiner Präsidentschaft hat sich das Verhältnis zum wichtigsten Handelspartner USA gebessert. Den Unmut der amerikanischen Regierung erregte Salinas allerdings, als er im April die Legitimität der Regierung des von Washington gestützten Endara von Panama öffentlich in Frage stellte. Kritiker hielten ihm vor, er verfallende in den chronischen verbalen Antiamerikanismus seiner Vorgänger.

Bauern und Arbeiter als Opfer der Sanierung

Auf die *hohen sozialen Kosten* der wirtschaftlichen Konsolidierung mit liberalistischen Mitteln haben mexikanische Welt- und Ordenspriester in einem Offenen Brief an Papst Johannes Paul II. hingewiesen, der vom 6. bis 13. Mai dem Land seinen zweiten Besuch abstattet. (Das erste Mal war er 1979 zur Eröffnung der Dritten Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe von Puebla in Mexiko; vgl. HK, März 1979, 146 ff.)

„Das Land ist nicht mehr dasselbe wie vor zehn Jahren“, schreiben die Priester an den Papst. Die Wirtschaftskrise zu Beginn der achtziger Jahre und die darauffolgende Sanierungspolitik hätten zur weiteren Verarmung breiter Bevölkerungsschichten geführt. Besonders hart betroffen seien die Kleinbauern und die Arbeiterschaft in den Städten. Die Vernachlässigung des Agrarsektors durch die Regierung habe eine massive Landflucht zur Folge. In dem Offenen Brief an den Papst heißt es: „Die Campesinos, die bisher das Nötigste zum Überleben hatten, erfahren Arbeitslosigkeit oder chronische Unterbeschäftigung und verlassen ihre Dörfer, um in die Elendsgürtel der Städte zu fliehen ... Wenn Du bei diesem Besuch von Investitionen in der Landwirtschaft hören solltest: bis jetzt sind diese Förderungsmaßnahmen nur an die Großgrundbesitzer gegangen, die für den Export produzieren“ (DIAL 29. 3. 1990).

Jeden Monat verlassen 30 000 Mexikaner ihre Dörfer und drängen in die Städte, in denen heute schon fast 70 Pro-

zent der Bevölkerung leben. Mexiko, ein Land mit 90 Millionen Einwohnern, zehnmal so groß wie die Bundesrepublik, mußte 1989 fast zehn Millionen Tonnen Grundnahrungsmittel zu einem Preis von über zwei Milliarden Dollar einführen. Wie viele lateinamerikanische Länder hat auch Mexiko in dem gleichen Maße den landwirtschaftlichen Sektor vernachlässigt, wie es die Industrialisierung vorangetrieben hat. Die bei Landreformen in den dreißiger Jahren geschaffenen „ejidos“, kleine Landparzellen mit erblichem Nutzungsrecht, die teilweise kollektiv bewirtschaftet werden, haben sich, da begleitende Fördermaßnahmen ausblieben, als wenig rentabel erwiesen. Außerdem entstand gegen die bestehenden Gesetze, aber mit Duldung der Regierungen seit den siebziger Jahren wieder Großgrundbesitz.

Die mexikanischen Bischöfe nahmen im November 1988 zur Problematik der *Wanderarbeiter* (acht Millionen) und *illegalen Emigranten in die USA* (eine Million pro Jahr) Stellung. Neben dem Sog-Effekt aus den USA, wo der Bedarf an billigen Saisonarbeitskräften gleichbleibend hoch ist, gebe es aber auch so etwas wie eine Schubkraft, nämlich das totale Desinteresse der mexikanischen Regierung an der Lage der Kleinbauern. Solange die Regierung den Campesinos nicht mit Saatkrediten, Festpreisen für ihre Produkte und der Verbesserung der Infrastruktur helfe, werde die Abwanderung in die Städte und die USA weitergehen. „Es ist unerträglich und ein Verbrechen, daß ein Land, das seine Bevölkerung nicht ernähren kann, seine Bauern für billigen Lohn auf amerikanische Farmen schickt.“

Nicht weniger kritisch sehen die Verfasser des Offenen Briefes an den Papst die Lage der *Arbeiterschaft*, deren Anteil am Nationaleinkommen zwischen 1980 und 1986 von 40,8 Prozent auf 27,7 Prozent gesunken sei. „Die Leute überleben, indem sie nur noch die Hälfte essen, Gelegenheitsarbeiten verrichten, wo immer sie sich bieten, und ihre Kinder arbeiten lassen.“ Zur Profitgier nationaler Unternehmen sei seit einigen Jahren die stetig wachsende Lohnfertigungsindustrie ausländischer Firmen entlang der Grenze zu den Vereinigten Staaten gekommen (darunter auch deutsche Unternehmen – Anm. d. V.). Die Regierung Salinas wirbt im Ausland für diese „maquiladora“-Industrie, weil sie Arbeitsplätze für derzeit mehr als eine halbe Million Mexikaner bietet und angeblich die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Betriebe erhöht. Über die unsozialen Auswirkungen der mexikanischen Wirtschaftspolitik hinaus machen die Unterzeichner des Offenen Briefes auf die *horrende Kapitalflucht* aufmerksam, deren Ausmaß die Volkswirtschaft schwer schädige.

Nicht nur in diesem Punkt vermissen die Priester „ein prophetisches Wort“ der mexikanischen Kirchenführung. Der Offene Brief, obwohl in verbindlichem Ton verfaßt, ist ein Zeugnis dafür, daß auch in der mexikanischen Kirche Spannungen zwischen der Hierarchie und einem Teil des Klerus bestehen. Die Unterzeichner bewegt die Sorge, der Papst könne vor Antritt der Reise schon einseitig informiert worden sein und im Verlauf des Besuchs die

soziale und kirchliche Wirklichkeit des Landes wiederum nur selektiv zu sehen bekommen.

Kirchliches Leben im Wandel

Zur Kirche selbst heißt es in dem Offenen Brief, zu den ungeheuer großen Anforderungen an die Verkündigung der Kirche in einer Welt der Armen kämen interne Spannungen und Probleme wie die „haltlose Anschuldigung einiger Bischöfe über die Existenz sogenannter paralleler Ämter, angeblicher Verkürzungen des Glaubens sowie unerlaubter Ideologisierung und Politisierung“. Der Papst solle wissen: „Die angeblich existente Volkskirche gibt es in unserem Land nicht.“ Statt dessen beobachtet man mit Sorge, daß Priester in verantwortliche Positionen gerufen würden, die nur über geringe pastorale Erfahrungen verfügen und eine Verkündigung, die sie dem Zweiten Vatikanum, Medellín und Puebla verpflichtet wisse, geradezu verhinderten. Der mexikanische Episkopat (92 Bischöfe) ist im lateinamerikanischen Kontext und in seiner Mehrheit eher *konservativ*. Die nicht allzu häufigen Erklärungen der Bischofskonferenz befassen sich selten direkt mit sozialpolitischen oder gar tagespolitischen Themen, was sich auch, aber nicht nur mit der strikten Trennung von Kirche und Staat und der ausgesprochen antiklerikalen Verfassung begründen läßt, die dem Klerus politische Stellungnahmen untersagt. Häufiger äußern sich Bischöfe einer Region, gelegentlich bezieht auch eine Gruppe von Bischöfen thematische Stellung. So veröffentlichten 15 Bischöfe im April vergangenen Jahres ein Dokument, das die Bedeutung der kirchlichen Basisgemeinschaften (CEB) für die mexikanische Kirche herausstellte. Die CEB als Anstoß für eine neue Art, Kirche zu sein, seien „Schulen der Gemeinschaft und der Teilhabe, einer vertrauensvollen und solidarischen Spiritualität, der Selbstverpflichtung zur Liebe bis zur Aufgabe des Lebens für die Brüder ... In ihnen erscheint verjüngt inmitten der Armen die einzige Kirche Jesu, dienend, prophetisch, missionarisch“ (SERVIR 10/89 Bogotá). Für Aufsehen sorgte im vergangenen Jahr die Statusänderung des kirchlichen Kommunikationsinstituts CENCOS. Das 1964 von der Bischofskonferenz gegründete und von einem Laien geleitete Zentrum ist seitdem nicht mehr der Bischofskonferenz angegliedert. Das Zentrum unterhält gute Kontakte zum linken Oppositionsbündnis FDN.

Das kirchliche Leben in Mexiko hat sich in den vergangenen zehn Jahren unter den Einwirkungen der Konferenz von Puebla, die für die gastgebende Ortskirche von großer Bedeutung war, aber auch mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dieser Dekade deutlich, wenn auch ohne spektakuläre Brüche, gewandelt. Heute bezeichnen sich etwa 85 Prozent der mexikanischen Bevölkerung als katholisch; 1980 waren es noch 93 Prozent. Die abnehmende Tendenz ist vor allem auf die Tätigkeit *fundamentalistischer Sekten* zurückzuführen. Der mexikanische Theologe *Roberto Oliveros* SJ sieht die Kirche seines Landes insgesamt auf einem Weg der Erneuerung. Dabei regi-

striert er eine Verschiebung innerhalb dreier in Lateinamerika existierender Kirchenverständnisse: des „vorkonziliaren konservativen“, des „modernen“, neokonservativen und des „befreiungstheologischen Modells der Kirche der Armen“.

Der Anteil konservativer Katholiken sei rückläufig, liegt aber nach Einschätzung von Oliveros immer noch bei etwa 60 Prozent. Innerkirchliche Vorgänge und Trends wie Bischofsnennungen oder die Kirchenpolitik der Vatikanvertretung in Mexiko, der Apostolischen Delegatur, hätten in den letzten Jahren zur Stabilisierung dieses Sektors beigetragen. Auch habe der politische Aufstieg von Cuauhtemoc Cárdenas eine Annäherung kirchlich konservativer Kreise und ultrarechter antikommunistischer Gruppierungen zur Folge gehabt.

Dagegen sieht Oliveros ein stetiges Anwachsen des *neokonservativen Flügels*, dem nach seiner Einschätzung ein Viertel der mexikanischen Katholiken zuzurechnen ist. Sie stammen überwiegend aus der Mittelschicht, die im Wirtschaftsboom der sechziger und siebziger Jahre zu relativem Wohlstand gelangte. In dieser sozialen Schicht haben die „neuen religiösen Bewegungen“, insbesondere die Pfingstler, ihre Anhängerschaft. Oliveros: „Sie inspirieren in für die Mittelstandsideologie charakteristischer Weise dazu, ‚im persönlichen Leben Anstrengungen zu unternehmen, um vorwärtszukommen‘ ... Ihr Aktivismus scheint geradezu darauf abzuzielen, die befreiende Evangelisierung zu untergraben ... Mit der Überwindung der realen Unrechtsstrukturen, die ‚Puebla‘ fordert, wollen diese Bewegungen augenscheinlich nichts zu tun haben“ (*Roberto Oliveros* im „Centro de Estudios Ecumenicos“, Mexiko 9/89).

Als Folge der katastrophalen Wirtschaftskrise Anfang bis Mitte der achtziger Jahre begann die bislang eher unpolitische Mittelschicht eine dezidiert politische Haltung einzunehmen, mit dem Ziel, ihren Besitzstand zu wahren, was sich auf die bis dahin schon nicht sehr ausgeprägte soziale Sensibilität der mittelständischen Christen spürbar negativ auswirkte. Politisch erhält, so die Diagnose des Jesuiten, die Regierungspartei PRI in jüngster Zeit Unterstützung aus der Mittelschicht, die dem Regime eine erfolgreiche Bekämpfung der Linken eher zutraut als der geschwächten liberalkonservativen PAN-Partei.

Beide Gruppierungen, Konservative und Neo-Konservative, sind nach Beobachtung des Theologen innerkirchlich bestrebt, die Ausbreitung des dritten, befreiungstheologisch orientierten Flügels zu bremsen. Oliveros hält das Entstehen und die Konsolidierung der kirchlichen Basisgemeinschaften für das entscheidende kirchliche Ereignis in Mexiko seit der Konferenz von Puebla: „Man erkennt ihr Wirken daran, wie mexikanische Katholiken ihr Christentum unter der Bedingung einer neuerlichen Verarmung leben – ohne die Basisgemeinschaften könnte man kaum von einer wirklichen Erneuerung in unserer Kirche sprechen.“ Oliveros schätzt den Anteil der „Kirche der Armen“ auf 15 Prozent mit steigender Tendenz.

Beim Staat vorstellig geworden

Im Vorfeld des Papstbesuches ist die mexikanische Kirche in eigener Sache bei der Regierung vorstellig geworden. Die katholische Kirche, die im Gegensatz zu allen anderen Ländern Lateinamerikas – Kuba ausgenommen – in dem streng laizistisch verfaßten mexikanischen Staat keine juristische Existenz hat, ist seit längeren bestrebt, ihr Verhältnis zum Staat zu normalisieren. Mehrfach hat sie in den letzten Jahren ihre formale Anerkennung gefordert (vgl. HK, 1987, 336 ff.). Nachdem das Thema offizieller Beziehungen zwischen Kirche und Staat für die jeweilige Regierung wie für die mexikanische Öffentlichkeit bisher tabu war, kam es unter dem neuen Präsidenten zu ersten vertraulichen Gesprächen zwischen Staat und Kirche, die – für die Öffentlichkeit überraschend – in diesen Wochen zu einem Austausch „persönlicher Beauftragter“ führen werden. Seitens des Vatikans wird der Apostolische Delegat in Mexiko, Erzbischof *Girolamo Prigione*, diese Funk-

tion wahrnehmen, seitens der mexikanischen Regierung der ehemalige Senator und Richter des Obersten Gerichtshofes *Agostin Tellez Cruces*. Die Regierung Salinas erklärte mit Nachdruck, die Vereinbarung beinhalte keine Anerkennung der katholischen Kirche und ändere nichts an der Trennung zwischen Kirche und Staat nach Artikel 130 der mexikanischen Verfassung. Eine solche Verfassungsänderung sei auch nicht vorgesehen.

In seiner Rede zur Eröffnung der Vollversammlung der Bischofskonferenz Ende März forderte der Konferenzvorsitzende, Erzbischof *Adolfo Suarez Rivera* von Monterrey, die baldige staatliche Anerkennung der Kirche, die dem Regime nicht mehr als Feind, sondern als Verbündete im Kampf um eine bessere Zukunft des Landes gelten wolle. Regierung und Regierungspartei erhoffen sich von einer versöhnlicheren Kirchenpolitik nicht zuletzt einen – dringend notwendigen – Vertrauenszuwachs in der mexikanischen Bevölkerung. *Gabriele Burchardt*

Kurzinformationen

Die österreichischen Bischöfe kündigten die Veröffentlichung ihres Sozialhirtenbriefes an

Die Österreichische Bischofskonferenz verabschiedete auf ihrer diesjährigen Frühjahrsvollversammlung Anfang April ihren seit längerem angekündigten Sozialhirtenbrief. Das Hirtenbriefschreiben soll am 15. Mai veröffentlicht werden. Der 15. Mai ist der 100. Jahrestag der Veröffentlichung der Sozialenzyklika „*Rerum novarum*“ Leos XIII. sowie der 35. Jahrestag des Abschlusses des Österreichischen Staatsvertrages. Die Bischöfe betonten, daß sie mit dem Sozialhirtenbrief eine „Aussage aus dem Glauben für das gesellschaftliche Leben in der österreichischen Gesellschaft tun“ wollen. Außerdem wolle man einen neuen Dialog über die darin angeschnittenen Themen anregen – sowohl innerhalb der Kirche wie auch mit allen interessierten Kräften des Landes. In dem Zusammenhang wurde mitgeteilt, daß an der Vorbereitung des Sozialhirtenbriefes rund 15 000 Personen über Zuschriften mitgewirkt hätten. – Außerdem meldeten sich die Bischöfe mit einer Erklärung zur gesetzlichen Regelung der *extrakorporalen Befruchtung* zu Wort: Die Bischöfe bitten darin den Gesetzgeber, „möglichst bald“ gesetzliche Regelungen für die Anwendung der neueren Fortpflanzungstechnologien zu erlassen, die die Grundrechte der Person und der Familie schützen. Gesetzlich untersagt werden sollten demnach die Tötung von Embryonen auch im Rahmen einer In-vitro-Fertilisation, Versuche an und mit Embryonen, die Anlegung von Samen- und Embryonenbanken, die Befruchtung „post mortem“, die heterologe Besamung bzw. Eizellenspende, die Befruchtung

lediger Frauen sowie die Leihmutterchaft. Personen, die durch künstliche Befruchtung geboren würden, müßten in allen ihren Grundrechten geschützt werden – dazu gehöre auch das Wissen um die eigene Herkunft. – Auf einem Studientag vor der Vollversammlung der Bischofskonferenz befaßten sich die österreichischen Bischöfe mit dem Entwurf für einen „Weltkatechismus“ (vgl. ds. Heft S. 237). Zu Vorgängen um das sogenannte „Engelwerk“ bekräftigten die Bischöfe eine bereits früher ergangene Distanzierung und schlossen sich dem Verbot der Verbreitung des „Handbuches des Engelwerks“ durch den Innsbrucker Bischof *Reinhold Stecher* an.

Johannes Paul II. warnt brasilianische Bischöfe vor Abweichungen von der kirchlichen Lehre

Bei mehreren Ad-limina-Ansprachen an Gruppen brasilianischer Bischöfe im Februar und März betonte der Papst die *besondere Verantwortung des bischöflichen Amtes* und warnt vor einer *Vernachlässigung des Verkündigungsauftrags* zugunsten des politisch-gesellschaftlichen Engagements. So hob Johannes Paul II. am 24. März (*Osservatore Romano*, 25.3.90) gegenüber den Bischöfen des Staates Rio de Janeiro hervor, die Kirche verwechsle nie das Reich Gottes mit dem Aufbau der Stadt des Menschen. Die Bischöfe müßten sich darum bemühen, das Volk Gottes im Licht der authentischen Soziallehre der Kirche zu erziehen und ihm Orientierung zu geben. Am 24. Februar sagte er den Bischöfen aus dem Staat Santa Catarina, die Transzendenz der Botschaft des Evange-